

An den Oberbürgermeister
der Stadt Leonberg
Herrn Martin Georg Cohn
Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Gemeinderat der Stadt Leonberg

Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

09. November 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

für den Haushalt 2022 bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende
Anträge ein:

1. Nachhaltiges Bauen fördern
2. Beratung des Gemeinderates und der Stadtverwaltung zum nachhaltigen Bauen
3. Schulgesundheitspflege
4. Müllvermeidung nachhaltig organisieren
5. Anmietung einer Ladenfläche für Stadtmarketing und Stadtwerke
6. Mehr Biodiversität im Wald – Alt- und Totholzkonzept
7. Der Wald braucht unsere Hilfe, damit er uns helfen kann
8. Exkursion des Gemeinderates mit dem Fokus Natur- und Klimaschutz
9. Ein Toilettenhäuschen auf der alten Autobahntrasse
10. Radsport unterstützen
11. RegioRad-Stationen vernetzen
12. Jugendbeteiligung
13. Informationen für alle
14. Homepage der Stadt Leonberg inklusiv ausbauen
15. Eingezäunte Hundespielwiese
16. Einsparvorschläge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die Anträge mit Begründungen finden sich auf den nachfolgenden Seiten.

Nachhaltiges Bauen fördern

Antrag:

Die Stadt Leonberg möge an mindestens einem Gebäude ein Modellprojekt "Klimagerechtes Bauen" konsequent umsetzen. Dies kann an einem öffentlichen neuen Gebäude (KiTa o.ä.) erfolgen, in der Nachverdichtung oder noch besser bei einem Altbau, der ohnehin renoviert werden muss.

Hierfür ist für das Haushaltsjahr 2022 eine Planungsrate von 200.000 Euro einzustellen.

Begründung:

Die vor 2 Jahren ins Auge gefasste Teilnahme an der Internationale Bauausstellung (IBA) bezogen auf das Neubauprojekt an der Berliner Straße ist nicht mehr möglich, da die Bewerbungsphase abgeschlossen ist. Mit einem umsetzungsorientierten klimagerechten Bauprojekt kann sich Leonberg in der Region als zukunftsfähiger Wohnstandort profilieren.

Für ein solches Projekt sind auf jeden Fall geeignete Fördermöglichkeiten zu recherchieren und einzuplanen.

Laut einem Bericht der UN ist der Anteil der Bauwirtschaft zuletzt mit 38% beim weltweiten CO₂-Ausstoß anzusetzen. Dies zeigt, welches enorme Einsparpotenzial es beim Bauen gibt, um zum Erreichen der notwendigen Klimaziele beizutragen.

Gudrun Sach und Katharina Staiger
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beratung des Gemeinderates und der Stadtverwaltung zu zukünftigen Bauvorhaben durch Institutionen mit einer speziellen Kompetenz im Bereich des nachhaltigen Bauens

Antrag:

Der Gemeinderat soll nach dem Beispiel der Präsentation der KEA-BW zum Thema „Contracting“ über die Möglichkeiten zum Thema „klimaneutrales Bauen“ z.B. durch den Einsatz von Sonnenenergie- und Wasserstofftechnologie für zukünftige klimaneutrale Bauvorhaben informiert und beraten werden.

Begründung:

Gerade für die Entwicklung neuer Quartiere wie z. B. an der Berliner Straße wären die Erkenntnisse und Innovationen äußerst interessant, die Institutionen wie beispielsweise das „Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW)“ gewonnen und schon in etlichen großen Projekten umgesetzt haben. Eine gemeinsam für Gemeinderat und Stadtverwaltung angebotene Information bzw. Beratung ist wünschenswert und sicher ohne allzuviel Aufwand umsetzbar. Dies würde die Akteure in Leonberg darin unterstützen, die Beschlüsse zum Klimavorbehalt auf informierter Grundlage treffen zu können.

Das Land Baden-Württemberg betreibt und unterstützt etliche Einrichtungen und Institute, die sich mit der Forschung und Weiterentwicklung in Sachen Klimaneutralität beschäftigen. Das ZSW hat bspw. in anderen Städten schon viele große und innovative Projekte begleitet (z.B. neue Weststadt Esslingen) und ganze Quartiere mit neuester Solar- und Wasserstofftechnologie ausgestattet.

Eine Erstberatung mit Präsentation für den Gemeinderat wäre evtl. kostenlos, die Kosten für gezielte Beratungen bei anstehenden Bauprojekten oder eine mögliche Kooperation müssten abgeklärt werden. Hierfür stehen sicherlich auch Fördergelder des Landes oder Bundes zur Verfügung.

Leonberg könnte mit einem klimaneutralen Quartier z.B. an der Berliner Straße eine Vorbildfunktion für andere Städte in der Region einnehmen und zum Vorreiter werden.

Sibylle De Mott
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schulgesundheitspflege

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, ab dem Schuljahr 2022/23 im Rahmen eines mehrjährigen Projekts zur Etablierung einer Schulgesundheitspflege eine Kooperation zwischen der Stadt Leonberg und der Pflegeverbund Stohgäu-Glems gmn. GmbH (im Folgenden „Sozialstation Leonberg“ genannt) zu beginnen.

Begründung:

Nicht erst durch die Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wichtig eine Unterstützung der Schulen in medizinischen Angelegenheiten ist. An einigen weiterführenden Schulen sind Schulsanitäter*innen seit Jahren etabliert, aber diese jugendlichen Ersthelfer*innen können nicht die Leistungen erbringen, welche durch eine qualifizierte Fachpflegeperson zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Sozialstation Leonberg kann den Schulen im Rahmen eines gemeinsamen Projektes auf Anforderung Personal zur Verfügung stellen, welches bspw. bei der Versorgung chronisch kranker Schüler*innen (z. B. bei Allergien, Asthma, Diabetes Mellitus) Anleitung für die Lehrenden und die Mitschüler*innen bietet.

In der Fachöffentlichkeit wird zunehmend die fehlende Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung thematisiert. Fachpersonal kann hier die Lehrenden unterstützen oder sogar Unterrichtseinheiten übernehmen.

In den letzten 1,5 Jahren waren es häufig die Lehrenden oder Eltern, die bei Selbsttests zur Corona-Detektion angeleitet haben. Eine solche Aufgabe wäre sicherlich auch ein klassisches Betätigungsfeld für die Schulgesundheitspflege gewesen.

Ein ganz anderes, wichtiges Aufgabenfeld in der Schulgesundheitspflege ist die Präventionsarbeit. Hier sei nur das Stichwort „Dicke Kinder“ genannt, was durch Bewegungsmangel oder falsche Ernährung verursacht sein kann. Eine Fachpflegeperson könnte hier gemeinsam mit dem Kollegium Konzepte erarbeiten, um an einer Schule vorbeugend tätig zu werden.

Weitere Inhalte und Erfahrungen aus dem bisherigen Einsatz der Schulgesundheitspflege (in Deutschland und weltweit) finden sich auf der Internetseite

<https://www.dbfk.de/de/themen/Schulgesundheitspflege.php>

R. Sebastian Werbke

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Müllvermeidung nachhaltig organisieren

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, aus dem für eine einmalige Stadtputzete angesetzten Betrag von 42.500 Euro (S. 249) 5.000 Euro für sogenannte „Ballot Bins“ (Abstimm-Aschenbecher) zu verwenden. Hiermit kann speziell gegen die Flut an Zigarettenkippen auf unterhaltsame Art dauerhaft eine Gegenbewegung gestartet werden.

Begründung:

Die Lokale Agenda Leonberg hat bei ihrem Forum im Oktober 2021 als Schwerpunktthema 2022 eine übergreifende Kampagne zum Themenkomplex „Müllvermeidung“ beschlossen. Im Rahmen dieses Schwerpunkts für alle Agenda-Gruppen sollen unterschiedliche Perspektiven und Herangehensweisen entwickelt werden, bei denen Müllvermeidung als Aufgabe für alle Bereiche der Gesellschaft thematisiert wird. Eine einmalige Müllputzete „bei denen die Kinder den Müll der Erwachsenen wegräumen“ hält die Lokale Agenda für weder ausreichend noch zielführend.

Ein vermeintlich nebensächlicher Aspekt beim Müllaufkommen sind Zigarettenkippen. Die so unauffälligen (?) Rauchreste sind nicht nur für viele Menschen ein Ärgernis. Sie sind zudem ein echtes Umweltproblem, denn jede einzelne Kippe braucht mehrere Jahre bis zu ihrer Zersetzung. In dieser Zeit gelangen reichlich Giftstoffe in die Umwelt. Sie lassen sich heute bereits im Packeis der Arktis nachweisen. Inwiefern wir diese Giftstoffe durch die Nahrungskette aufnehmen, ist noch nicht eindeutig belegt.

Mit den Abstimmungs-Aschenbechern lässt sich auf humorvolle Weise Bewusstsein für das Problem erzeugen und gleichzeitig die Kippenflut z. B. an ÖPNV-Haltestellen eindämmen. Solche Doppelzylinder werden bspw. durch eine Stuttgarter Firma gefertigt.

Das Referat Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung könnte die Abstimmungs-Ascher nutzen, indem bspw. 1x/Quartal eine neue Frage mit kommunalem Bezug veröffentlicht wird. So würde mit Darstellung des Abstimmungsergebnis zugleich regelmäßig auf das Thema der achtlos entsorgten Zigarettenkippen hingewiesen.

Informationen zum Thema finden sich u.a. hier:

<https://www.quarks.de/umwelt/muell/auswirkungen-der-zigarettenkippen-auf-die-umwelt/>

<https://www.kippster.de/shop/>

R. Sebastian Werbke und Gudrun Sach
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Anmietung einer Ladenfläche für Stadtmarketing und Stadtwerke

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, umgehend zu prüfen, inwiefern die Geschäftsflächen im Samariterstift neben dem Rathaus zur Anmietung zur Verfügung stehen. Es ist ggf. schnellstmöglich dafür Sorge zu tragen, dass die nun schon mehrmals gescheiterten Versuche für eine neue Präsenz von Stadtmarketing und Stadtwerken in mindestens einem dieser Ladenlokale umgesetzt wird.

Begründung:

Der Brückenschlag zwischen Neuköllner Platz und Leonberger Altstadt hat viele verschiedene Facetten. Dazu gehört auch die gesamte Strecke zwischen diesen beiden Polen. Sehr lange stehen nun schon die Ladenlokale im Samariterstift leer.

Seit einiger Zeit wird überlegt, einen für die Laufkundschaft attraktiven Ort für Stadtwerke einerseits und den i-Punkt des Stadtmarketing andererseits zu schaffen. Die beiden Ladenlokale liegen an prädestinierter Stelle an der Haupt-Durchgangsstraße, wo sie sehr gut wahrgenommen werden. Es gibt direkt vor der Tür die Möglichkeit, kurz zu parken, um sich Informationen zu beschaffen. Außerdem liegt hier eine Bushaltestelle und sind Radspuren vorgesehen. Insofern bestehen nicht nur für Fußgänger*innen, sondern für alle Verkehrsteilnehmer günstige Möglichkeiten, diese Räumlichkeiten zu erreichen.

Die Schaufenster bieten zudem rund um die Uhr die Möglichkeit, für die Ladennutzer bzw. die Stadt zu werben.

Für die Beschäftigten beim Stadtmarketing hätte dieser Standort den Vorteil der kurzen Wege zum Rathaus bzw. dem Amt für Kultur und Sport, dem sie angehören.

Im Haushaltsplan sind an verschiedenen Stellen bereits Beträge für einen neuen i-Punkt vorgesehen, die nach dem erneuten Scheitern der Pläne am Marktplatz nun zielführend an diesem Standort eingesetzt werden können.

Ergänzend wäre es eventuell möglich, die Räumlichkeiten z. B. in den Abendstunden als Anlaufstelle für die Quartiersarbeit zu nutzen. Dies würde sich positiv auf die Belebung des Areals auswirken.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Alt- und Totholzkonzept im Leonberger Wald umsetzen

Antrag:

Im Stadtwald Leonberg wird das landesweite Alt- und Totholzkonzept umgesetzt.

Begründung:

Im Rahmen der kommunalen Waldbegehung konnte der städtische Förster U. Gress die massiven Auswirkungen des Klimawandels im Forst aufzeigen. Neben den bekannten Schadbildern im Nadelwald ist nun auch der Laubwald, insbesondere die Buche, von den Auswirkungen des Klimawandels stark betroffen. Es besteht Einigkeit darin, dass ein Waldumbau zu einem klimastabilen Ökosystem notwendig ist. Das Land Baden-Württemberg empfiehlt den Kommunen die Stärkung der Biodiversität im kommunalen Forst. Dabei bildet das Instrument des Alt- und Totholz-Konzeptes einen wesentlichen Schwerpunkt. Die Kommunen bekommen einen finanziellen Ausgleich und können darüber hinaus auch Ökopunkte generieren. Damit ergibt sich eine Win-Win-Situation, sowohl für den Naturschutz, als auch die ökonomische Einnahmeseite.

ForstBW erläutert in seinen Ausführungen die besondere Bedeutung von Alt- und Totholz: "Im Wald leistet Alt- und Totholz einen besonders wichtigen Beitrag, da es Lebensraum für zahlreiche, oftmals gefährdete Arten bietet. Der Erhalt von Alt- und Totholz trägt maßgeblich zur Sicherung und zur Stärkung der Biodiversität bei, dem zentralen Ziel sowohl der Naturschutzstrategie Baden-Württemberg als auch der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ForstBW.

Zur Umsetzung dieses Ziels in die Praxis wurde das Alt- und Totholzkonzept entwickelt. Mit diesem Konzept wurde eine umfassende Erhaltungs- und Entwicklungsstrategie für diese wertvollen Lebensräume erarbeitet. Damit erfolgt einerseits die Umsetzung des aktuellen Artenschutzrechts. Es verdeutlicht andererseits, dass ForstBW in Waldnaturschutzfragen bundesweit eine führende Rolle eingenommen hat.

Das Alt- und Totholzkonzept wird im Staatswald seit Februar 2010 verbindlich umgesetzt. Die Ausweisung von Habitatbaumgruppen und von Waldrefugien gehört seither fest zum forstlichen Handwerkszeug.

Dr. Bernd Murschel

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Wald braucht unsere Hilfe, damit er uns helfen kann

Antrag:

Leonberg überarbeitet sein forstpolitisches Leitziel hin zu einer modernen Strategie für mehr Biodiversität und Klimaschutz im Kommunalwald

Begründung:

Die vom Leonberger Gemeinderat beschlossenen Leitlinien für den Kommunalwald basieren noch aus den Gedanken der Nachkriegszeit.

Demnach hat die ökonomische Nutzung des Waldes insbesondere durch schnellwachsendes Nadelholz oberste Priorität. Die neuen Waldschäden - hervorgerufen durch den Klimawandel - fordern eine neue forstpolitische Strategie, bei der die Erholungsfunktion des Waldes und der Aufbau eines klimastabilen Waldes im Fokus stehen.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Exkursion des Gemeinderates mit dem Fokus Natur- und Klimaschutz

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt, die Informationsreise des Gemeinderates im Jahr 2022 soll in den Nationalpark Nordschwarzwald erfolgen, einschließlich einer Besichtigung des kürzlich eröffneten Besucherzentrums am Ruhestein bei Baiersbronn.

Begründung:

Baden-Württembergs einziger Nationalpark Nordschwarzwald hat sich zu einem Besuchermagneten erster Güte entwickelt. In diesem Jahr hat auch das neue Besucherzentrum am Ruhestein seine Pforten geöffnet und bietet einen überragenden Einblick in die Vielfalt des Waldes. Mit dem Slogan „eine Spur wilder“ und als architektonisches Highlight zieht es viele Besucher an.

Dr. Bernd Murschel

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ein Toilettenhäuschen auf der alten Autobahntrasse

Antrag:

Die Stadt Leonberg errichtet eine öffentlich zugängliche, behindertengerechte Toilette nördlich des Brombeerwegs in der Nähe der KZ-Gedenkstätte. Dafür werden die noch bestehenden (Ab-)Wasser-Anschlüsse reaktiviert.

Begründung:

Für die in Planung bzw. im Umbau befindliche Neustrukturierung der alten Autobahntrasse („Landschaftspark“) südlich des Brombeerwegs ist zumindest eine öffentlich zugängliche Toilette in der Nähe unerlässlich. Es soll ein Platz geschaffen werden, der für noch mehr Besucher*innen attraktiv ist und auch über einen Platz für einen Foodtruck wird nachgedacht.

Es wäre sinnvoll, die vorhandenen notwendigen Anschlüsse aus Zeiten des Autobahn-Parkplatzes zu nutzen, wodurch die Anlage etwas kostengünstiger umzusetzen sein wird.

Dass eine solche Toilettenanlage dringend notwendig ist, beweisen bisher schon die in der Nähe der KZ-Gedenkstätte immer wieder zu sehenden Hinterlassenschaften.

Gudrun Sach

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Radsport unterstützen

Antrag:

Es ist ein Betrag von 20.000 Euro im Haushaltsjahr einzuplanen, um den Beschluss des Gemeinderats vom 27. Juli 2021 umsetzen zu können, mit dem eine öffentlich zugängliche Fahrrad-Singletrail-Strecke an einem geeigneten Standort vorgesehen wurde.

Begründung:

Seit dem Sommer 2020 haben sich Ausschüsse und Gemeinderat wiederholt mit dem vom RV Schwalbe Leonberg-Eltingen e.V. eingebrachten Anliegen einer MTB-Strecke im Kammerforst auseinandergesetzt. Dieses Anliegen wurde seinerzeit ausdrücklich auch vom Stadtverband Sport unterstützt.

Seit 2018 führte der Verein mit der Stadtverwaltung Gespräche zu diesem Thema. Neben Argumenten wie Tier- und Naturschutz wurden auch die hohen Folgekosten durch die Verkehrswegesicherungspflicht der Kommune gegen eine solche Strecke ins Feld geführt. Der Haushaltsplan 2022 weist auf S. 197 für die Sicherung der MTB-Strecke in Warmbronn einen Betrag von neu 1.700 Euro aus, also deutlich weniger, als in den Diskussionen um den Antrag des RV Schwalbe genannt wurde.

Um keine weitere - mangels bereitgestellter Ressourcen - unnötige Verzögerung eines solchen offiziellen und legalen Angebots für diese wichtige Gruppe der Sport-Treibenden zu verursachen, ist es notwendig, einen festen Betrag für 2022 vorzusehen.

R. Sebastian Werkbe

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

RegioRad-Stationen vernetzen

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass im Jahr 2022 mindestens zwei zusätzliche Stationen für das RegioRad auf der Gemarkung eingerichtet werden.

Begründung:

Schon in den Vorjahren wurde von unserer Fraktion gefordert, sowohl am Kino Traumpalast wie auch im Gewerbegebiet Leo-West jeweils eine Station zu schaffen, mit der die Vernetzung der vorhandenen Stationen am S-Bahnhof Leonberg, am Leo-Center sowie am S-Bahnhof Rutesheim/Silberberg weiter gestärkt wird.

Beide vorgeschlagenen Standorte werden in den nächsten Monaten baulich fertiggestellt bzw. sind schon intensiv genutzt. Hier jeweils auch den Radverkehr zu fördern sollte ein passender Aspekt im Mobilitätskonzept der Stadt sein.

Die NutzerInnen des ÖPNV, speziell der S-Bahn, würden durch diese zusätzlichen RegioRad-Stationen in ihrer Entscheidung unterstützt, ihr Ziel im Mobilitätsmix umweltfreundlich anzusteuern. Für Inhaber*innen der polygoCard wäre die Rad-Nutzung in der Regel bei diesen Entfernungen sogar kostenlos möglich.

R. Sebastian Werbke

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Jugendbeteiligung ermöglichen

Antrag:

Die Mittel für die Jugendbeteiligung sollen auf 90.000 Euro (statt 56.950 €, S. 214) festgelegt werden.

Damit leistet auch dieser Haushaltsposten einen Beitrag zu den vorgesehenen Einsparungen (im Vorjahr 117.000 Euro), ohne insgesamt den Prozess der Jugendbeteiligung zu gefährden.

Begründung: Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren einen mittlerweile gut funktionierenden Prozess der Jugendbeteiligung in Gang gebracht und begleiten können. Schon mehrere Wechsel bei den Sprecher*innen sind gut gelungen, ohne die in der Gemeindeordnung in § 41a vorgeschriebene Jugendbeteiligung zu gefährden. Dies darf auch nicht durch mangelnde Haushaltsmittel geschehen.

In der Vergangenheit hat es sich bewährt, dass ein Betrag von 100.000 Euro eingeplant wurde, der i.d.R. während des Haushaltsjahres nicht aufgebraucht wurde. Insofern ist eine Reduzierung naheliegend und voraussichtlich in diesem Umfang unproblematisch.

Andererseits hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, wie hilfreich es war, Projekte der Arbeitsgruppen des Jugendausschuss mit dem Wissen um den zur Verfügung stehenden Betrag in einem für die Jugendlichen spürbaren Zeitrahmen auf den Weg bringen zu können, ohne auf die nächsten Haushaltsberatungen warten zu müssen.

R. Sebastian Werbke

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Informationen für Alle

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass auch die Ortsteile Höfingen, Gebersheim und Warmbronn in den kommenden Jahren mit Informationsmonitoren versorgt werden.

Begründung:

Bisher wurde ein Monitor am alten Rathaus in der Leonberger Altstadt aufgestellt. Auf S. 326 findet sich der Hinweis, dass weitere Monitore vorgesehen seien, u.a. am Bahnhof Leonberg.

Genau dort wurde nun nach langer Verzögerung der im Konzept des Regionalen Mobilitätspunkts seit Jahren vorgesehene Informationsterminal installiert und in Betrieb genommen.

Inhaltlich sollte von Seiten des Referats Öffentlichkeitsarbeit zeitnah geprüft werden, welche städtischen Informationen hier kontinuierlich eingespeist werden können.

Da andererseits der Bahnhof ein Ort des Kommens und Gehens ist, ist es sicherlich zielführender, wenn für die Stadtbevölkerung auch dort, wo sie sich aufhält, Informationsangebote aktuell zur Verfügung gestellt werden. Eine städtischer Monitor z. B. an oder in „Gebers Landmarkt“ sowie bei den Ortschaftsverwaltungen in Höfingen und Gebersheim bringt sicherlich für die eigene Bevölkerung mehr, als ein zusätzlicher Terminal an einem Ort, wo jede/r schaut, dass der ÖPNV-Anschluss erreicht wird.

R. Sebastian Werbke

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Homepage der Stadt Leonberg inklusiv ausbauen

Antrag:

Die Homepage der Stadt Leonberg soll weiter inklusiv ausgebaut werden. Der im Haushaltsplan angekündigte Relaunch der Internetseiten(S. 136) muss hierfür genutzt werden.

Begründung:

Bisher gibt es zwar eine Erklärung der Homepage in leichter Sprache, die einzelnen Rubriken jedoch sind nicht in leichter Sprache verfügbar. Ebenso fehlt die Möglichkeit, sich einzelne Artikel oder Bereiche vorlesen zu lassen. Videos werden bisher nur ohne Untertitel angeboten.

Eine Datenbank wichtiger Einrichtungen mit Informationen zu ihrer Barrierefreiheit soll der Website hinterlegt werden; Erklärung siehe unten.

Im Zuge der beabsichtigten Verstärkung des Internet-/ Social Media-Teams der Stadtverwaltung darf der inklusive Ausbau der städtischen Homepage kein Stiefkind bleiben. Mit der Einrichtung einer speziellen Datenbank für Menschen mit und ohne Behinderung, die die Barrierefreiheit von Leonberger Einrichtungen, Arztpraxen, Apotheken, Geschäften, Hotels/Pensionen, Restaurants und Cafés etc. schnell und übersichtlich darstellt, kommt man sowohl Leonberger Bürger*innen als auch Tourist*innen entgegen und macht die Stadt so noch attraktiver.

Die Datenbank soll neben Adresse, Öffnungszeiten und einem Bild der Lokalität folgende Angaben zur Barrierefreiheit enthalten:

- Barrierefreiheit? Ja/nein, teilweise (ebenerdig; Stufen, wenn ja, wie viele? Rampe?)
- Besonderer Straßenbelag im Zugangsbereich wie z.B. Kopfsteinpflaster?
- Topografische Besonderheiten wie Berg/steiler Anstieg?
- Parkplätze für Menschen mit Behinderung vorhanden? Wenn ja, wie viele? Wie weit entfernt?
- WCs für Menschen mit Behinderung in der betreffenden Lokalität vorhanden? Falls nicht, wie ist die Zugänglichkeit von nicht behindertengerechten WCs?
- Gibt es einen Aufzug?
- Sind die Türen für einen Rollstuhl oder auch Kinderwagen breit genug?
- Sonstige mögliche Einschränkungen?

In der Datenbank soll man Filter setzen und nach bestimmten Kriterien suchen können:

- Einteilung der Lokalitäten in Kategorien
- Filtern nach Art der Behinderung
- Filtern nach Suchkriterien wie Parkplatz für Menschen mit Behinderung etc.

Mit einem Aufruf an die Gewerbetreibenden in Leonberg, der Stadt für die Datenbank auf der Homepage einen kurzen Fragebogen auszufüllen und diesen zusammen mit ihren Adressdaten, Öffnungszeiten und einem Foto des Geschäfts zur Verfügung zu stellen, könnte man die Geschäfte sicherlich zur Mitarbeit bewegen, da es sich sowohl um einen guten Zweck als auch um eine Win-Win-Situation handelt, wenn die Gewerbetreibenden auf der städtischen Homepage in dieser neuen Datenbank gelistet sind.

Sibylle De Mott
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eingezäunte Hundespielwiese

Antrag:

Im Stadtgebiet von Leonberg soll eine eingezäunte Hundespielwiese realisiert werden. Dazu möge die Stadtverwaltung prüfen, in welchem Park bzw. welcher Grünanlage diese realisiert werden kann.

Begründung:

Im Zuge der Bürgerbeteiligung zur Planung des Landschaftsparks auf dem Autobahntunnel hat sich gezeigt, dass bei Leonberger Hundehalter*innen durchaus die Nachfrage nach einer eingezäunten Hundespielwiese besteht, die leider im Konzept für dieses Areal nicht umgesetzt werden konnte.

Auch nach Ende der Bürgerbeteiligung wird in den sozialen Medien immer wieder über dieses Thema diskutiert.

Bei der Hundespielwiese handelt es sich um eine ausreichend große, eingezäunte Rasenfläche mit einer Schleuse, zwei Toren, einem Kotbeutelspender nebst Mülleimer und Sitzgelegenheiten für die Hundebesitzer*innen.

Da in sämtlichen Grünanlagen und Parks in Leonberg Leinenpflicht herrscht, können sich die Hunde hier nicht frei austoben. Auch ist es nicht jeder Leonberger Bürger*in möglich, mit ihrem Hund aus der Stadt raus auf die umliegenden Felder oder in den Wald zu fahren. Gerade in der Innenstadt gibt es viele Senior*innen oder auch Menschen mit Behinderung oder Mobilitätseinschränkungen, die ihren Tieren die Möglichkeit geben wollen, herumzutollen und ihrem natürlichen Bewegungsdrang nachzukommen.

Auch für diese Bevölkerungsgruppen wäre eine zentrale Hundespielwiese mit Sitzgelegenheiten wichtig.

Sibylle De Mott

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsparvorschläge

Antrag:

Alle Ansätze für das geplante Baugebiet „Unterer Schützenrain“ wie z.B. für Grunderwerb (1.700.000 €, S. 351), Entwässerung (50.000 €, S. 631), Tiefbaumaßnahmen (S. 690) werden gestrichen.

Begründung:

Es zeigt sich schon jetzt in der Planungsphase, dass gravierende Aspekte des Landschaftsschutzes hohe Hürden darstellen bei den Überlegungen für dieses Gebiet. Eingriffe in die Landschaft sollten aus Gründen des Klimaschutzes minimiert werden. Da bis heute für die Stadt Leonberg keine Einigkeit darüber besteht, welche Art des Wachstums einen Konsens hat, sollten sämtliche Planungen, Maßnahmen, Gelder für dieses Gebiet eingefroren werden, bis mit dem überarbeiteten Flächennutzungsplan eine gemeinsame Basis für die Zukunft der Stadt gelegt ist.

Antrag:

Alle im Haushalt vorgesehenen Gelder (mind. 25.000 Euro) für die Unterstützung der Glemseck GmbH werden gestrichen, der Vertrag mit der Gesellschaft gekündigt.

Begründung:

Im Juni 2021 hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, die weltweite Klimanotlage anzuerkennen.

Es ist vor diesem Hintergrund widersprüchlich, wenn für ein Wochenend-Event eines kommerziellen Anbieters mit dem Fokus „*Spaß am Verbrennungsmotor*“ weiterhin städtische Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Antrag:

Die Erstellung von Broschüren für das Stadtmarketing und andere Bereiche sollte kontinuierlich und grundsätzlich hinterfragt werden.

Begründung:

Im Vorbericht zum Haushaltsplan ist u.a. erwähnt, dass geplant sei, eine Broschüre mit Radtouren zu veröffentlichen (S. 35). Ebenso wurde jetzt im Zusammenhang mit dem Fahrradparkhaus angekündigt, einen Flyer zur Bewerbung des Parkhauses zu drucken.

Auch wenn solche Print-Produkte vergleichsweise wenig Geld beanspruchen, werden dafür Ressourcen verbraucht. Die überwiegende Mehrheit der Radfahrenden nutzt heutzutage digitale Wege, um Radtouren zu planen. Der Fokus für diese Zielgruppe sollte also bspw. darauf gelegt werden, sie auf den digitalen Kanälen zu erreichen.

Viele Themen sind heutzutage sehr schnell „überholt“ und die dafür erstellten Print-Materialien müssen dann entsorgt werden. Auch im Sinne einer Müllvermeidung sollte deshalb durch das Referat Öffentlichkeitsarbeit geprüft werden, welche Kanäle für welche Themen effizient genutzt werden sollten.

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN